

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Sicherstellung der Finanzierung von präventiven Maßnahmen gegen Extremismus im
Bereich Bildung, Ausbildung und Integration

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass der Terrorbekämpfung und Prävention von Radikalisierungen ein ausgewogenes und budgetär abgesichertes Umsetzungs- und Maßnahmenkonzept zu Grunde gelegt wird, damit auch die mittel- und langfristige Sicherstellung der Finanzierung präventiver Maßnahmen gegen Radikalisierung in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Integration gewährleistet ist.

Begründung

Im Zuge der Terroranschläge von Paris wurde von der Bundesregierung ein Sicherheitspaket beschlossen, der größtmögliche Schutz der Bevölkerung hat darin oberste Priorität. Neben mehr Geld gegen Cyberangriffe ist es das Ziel die Polizei besser auszurüsten. Die Kosten belaufen sich von 2015 bis 2018 auf 260 bis zu 290 Millionen Euro. Eine modern ausgestattete und ausreichend personell aufgestellte österreichische Exekutive ist unbestritten eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Es braucht aber auch ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung und Prävention von Radikalisierung.

Das von der Bundesregierung beschlossene Sicherheitspaket umfasst auch Maßnahmen im Bereich der Prävention und Deradikalisierung. Prävention bedeutet, Radikalisierung zu erkennen, während sie stattfindet und nach Wegen zu suchen, um sie zu stoppen. Dazu müssen Behörden und zivilgesellschaftliche Ansprechpartner stärker vernetzt werden und die Zusammenarbeit mit Schulen, Gemeinden, Jugendgruppen, muslimischen Vereinen intensiviert werden. Bei der Prävention muss vor allem auf Aufklärung in den Schulen, interkulturelles Lernen, Gewaltprävention, Kulturprojekte und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte gesetzt werden.

Konkrete Investitionen in Maßnahmen bei Bildung, Ausbildung und Integration sind die beste Prävention gegen Extremismus und Radikalisierung. Radikalisierungen bei Jugendlichen haben ihren Ursprung nicht nur im Glauben, sondern mehr im Gefühl des Nicht-dazu-Gehörens, des Nicht-Willkommenseins und vor allem in der erlebten Perspektivlosigkeit. Die Zukunftschancen unserer Jugend hängen eng mit ihrer Bildung zusammen. Im Fokus muss die Verbesserung der Teilhabe-Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund stehen. Daher ist es wichtig, dass alle Jugendlichen ihren Bildungsabschluss machen oder ihre Berufsausbildung abschließen. Ein Schlüssel zur Verbesserung der Teilhabe-Chancen ist auch die Förderung der Mehrsprachigkeit, der Ausbau der Sprachförderung und der Einsatz von mehr Lehrkräften mit Migrationshintergrund. Genauso wie es von Bedeutung ist in den Ausbau der politischen Bildung an Schulen zu investieren, und gezielte Fort- und Weiterbildungsprogramme für Pädagoginnen und Pädagogen im Bereich Extremismusprävention und Deradikalisierung anzubieten. All diese Maßnahmen erfordern einen langfristigen Finanzierungsplan, für dessen Sicherstellung die Abgeordneten des Oö. Landtages eintreten.

Linz, am 27. Jänner 2015

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Wageneder, Buchmayr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Gattringer, Dörfel, Höckner, Csar, Kirchmayr, Stanek, Manhal, Schillhuber, Hüttmayr, Tausch

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor